

28. April 2022

Stellungnahme des Fachverbandes Geschichte und Politik Hamburg zum Entwurf Rahmenplan Politik/Gesellschaft/Wirtschaft des Bildungsplanes gymnasiale Oberstufe

Die Stellungnahme wurde von Experten des Fachverbandes erarbeitet und in einer für alle Mitgliederinnen und Mitglieder offenen Online-Mitgliederversammlung am 21. April 2022 vorgestellt. Sie wurde dort diskutiert, ergänzt überarbeitet und abgestimmt. Sie enthält die Position des Fachverbandes als Korporatives Mitglied der Deutschen Vereinigung für politische Bildung e.V.

Der Fachverband bedauert die fehlende Möglichkeit der Mitarbeit in der Entstehung des neuen Rahmenplanes trotz des Angebotes einer entsprechenden Beteiligung, der Benennung möglicher Experten sowie einem vorhergehenden Signal aus der BSB, dass eine entsprechende Beteiligung selbstverständlich erfolgen werde. Nicht zuletzt hatte der Verband im Vorfeld auf Bitten der BSB eine entsprechende detaillierte Stellungnahme zu inhaltlichen Fragen der Überarbeitung des bestehenden Rahmenplanes erstellt und vorgelegt.

Der Verband erkennt an, dass der vorliegende Entwurf in einem kurzen Zeitfenster erstellt werden musste, hält es jedoch für geboten, den aktuellen Entwurf zu überarbeiten, insbesondere vor dem Hintergrund der völligen Neugestaltung des Rahmenplans PGW – im Unterschied zu anderen Fächern, in denen bestehende Pläne lediglich überarbeitet und ergänzt worden sind.

Gesellschaftspolitisch bedeutende Themen wie z.B. die Gleichstellung von Mann und Frau, Sexismus, Gendern fehlen in dem Plan bzw. sind nur wenig vertreten. Die Auswahl von Themen sollte einer erneuten Prüfung unterzogen werden.

Aus unserer Perspektive würde vor dem Hintergrund der völligen Neuerstellung des Rahmenplans dabei auch die verstärkte Einbeziehung der fachdidaktischen Perspektiven aus der Wissenschaft sinnvoll sein.

Der Fachverband erneuert sein Angebot, bei dieser grundsätzlichen Überarbeitung seine Expertise einzubringen und sich mit konkreten Vorschlägen zu beteiligen.

Votum: Eine gründliche Überarbeitung des vorliegenden Entwurfes unter Einbeziehung der Expertise von Fachwissenschaft und Fachdidaktik sowie praxiserfahrenen Kolleginnen und Kollegen. Eine Zurückstellung des PGW-Planes bis zum Schuljahr 2023/24 wäre aus Sicht des Fachverbandes nicht problematisch.

(1) Zum Gesamtaufbau des Rahmenplans und der Abschaffung des eigenständigen Semesters „Internationale Beziehungen“:

Die Abkehr von der bewährten Semesteraufteilung, orientiert an der Fachwissenschaft, „Politisches System“, „Gesellschaft“, „Wirtschaft“ und „Internationale Beziehungen“ ist aus Sicht des Fachverbands nicht verantwortbar. Dies entspricht auch nicht der Praxis praktisch aller Bundesländer. Eine Durchsicht deren Bildungspläne zeigte keine entsprechende Abweichung. Diese trifft z.B. auf die Bundesländer Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zu. Auch der Bildungsplan des Landes Baden-Württemberg, der informell als „Ideengeber“ des vorliegenden neuen Entwurfs für Hamburg benannt wurde, weist die Internationalen Beziehungen als eigenständiges Semesterthema aus.

Der vorliegende Entwurf lässt die Internationalen Beziehungen als eine „Ableitung der Innenpolitik“ erscheinen. Auch wenn das sicherlich nicht die Absicht der BSB ist, werden viele Kollegen es genau so wahrnehmen und das Thema gar nicht oder nur unter innenpolitischer Perspektive unterrichten. Hier könnte das Fach als Ganzes Schaden nehmen.

Unverständlich ist hier auch, dass „Internationale Beziehungen“ nur für das erhöhte Anforderungsniveau ausgewiesen wird, d.h. für ca. 80% der PGW-Schüler damit aus dem Curriculum herausfällt.

Auch vor dem Hintergrund einer globalen Weltordnung, die im Frühjahr 2022 sehr erschüttert wird, ist diese Neuausrichtung nicht nachzuvollziehen.

Eine ganze Reihe erfahrener Kollegen haben berichtet, dass Schülerinnen und Schüler dieses Semesterthema am meisten Freude mache und sich eher eine Ausweitung statt einer Reduzierung wünschen.

Dass Hamburger Schülerinnen und Schüler ohne ein eigenständiges Semester zu internationalen Beziehungen das Abitur ablegen ist weder im föderalen Vergleich sinnvoll noch entspricht es der fachlichen und fachdidaktischen Erkenntnisbildung für Themen der politischen Bildung.

Votum:

Herauslösen der „Internationalen Beziehungen“ aus dem Thema „Demokratie und Partizipation“ und Benennung als eigenständiges und verbindliches Semesterthema, selbstverständlich mit entsprechenden Vernetzungen zu den anderen Semesterthemen. Entsprechend sollte auch ein Ausweisen verbindlicher Theorien/Modelle erfolgen, so könnte auch die sehr lange Liste zum Themenfeld „Politik“ verkürzt werden.

(2) Zur Anzahl der Klassenarbeiten/Klausuren

Der Fachverband sieht es als problematisch an, grundsätzlich vorzuschreiben, dass eine Klausur nicht durch eine andere schriftliche Leistung ersetzt werden kann. Gerade im Fach PGW sind entsprechende Klausurersatzleistungen ein wichtiger und lernförderlicher Bestandteil des Unterrichtes, beispielsweise in der Analyse unterschiedlicher Fallbeispiele.

(3) Zum grundsätzlichen Verhältnis von Kompetenzorientierung/Exemplarität und den neuen verbindlichen Kerninhalten

Das Fach PGW zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass fachbezogene Kompetenzbereiche gegenüber verbindlichen Inhalten und konkreten Modellen im Vordergrund stehen. In dem vorliegenden Entwurf wird dies aus Sicht des Fachverbandes nicht berücksichtigt: Eine lange Liste an verbindlichen Inhalten und Modellen „verdeckt“ die Kompetenzorientierung des Faches.

Wir bitten dringend darum, die Kompetenzorientierung, in einer notwendigen Überarbeitung wieder deutlich herauszuarbeiten, so dass den Kolleginnen und Kollegen die konkrete Anwendung des Kerncurriculums mit den Inhalten und Modellen in ihrem Unterricht deutlich wird.

Es müssten sich zudem die Bereiche „Digitalisierung“, „Sprachbildung“ und „Nachhaltigkeit“ in Kerninhalten wiederfinden, die sowohl schülerorientiert als auch handlungsorientiert sind.

Damit möchte der Fachverband nicht die grundsätzliche Vorgabe eines Kerncurriculums mit einer entsprechenden Auswahl von Inhalten und Modellen in Frage stellen; nur sollte es hier um einen Kern und nicht um eine vollständige Ausfüllung von Unterrichtsmöglichkeiten gehen.

Votum:

Der Fachverband bitte daher konkret, hier auf den **Beispielcharakter** der aufgezählten Instrumente zu verweisen, die immer notwendige **Verflechtung mit fachdidaktischen Zugängen** zu betonen und wenige verbindliche Inhalte zu nennen, damit kein wenig sinnvolles Vorrats- und Theorielernen erfolgt.

(4) Kleinere Anmerkungen:

Die folgenden, kleineren Punkte sind uns bei der ersten Durchsicht des Planes aufgefallen, wir fügen diese hier der Vollständigkeit halber an.

Zu 1.1 Analyseinstrumente:

Die Entkopplung der Analyseinstrumente von den Inhalten entspricht nicht dem fachdidaktischen Standard, da die Lernprozesse in der Regel von Fallbeispielen ausgehend zu entsprechenden Modellen/Instrumenten verlaufen.

Als Inhaltspunkt erscheint die Aufzählung der Analyseinstrumente ungeeignet: Sollen die SuS hier ein „Vorratswissen“ anlegen? Dürfen die Lehrkräfte besser geeignete Instrumente auswählen, was politikwissenschaftlich und fachdidaktisch unabdingbar ist? (Im Kontrast dazu wird unter 3.1 im Themenfeld Wirtschaft und Nachhaltigkeit ausgeführt, dass der „Wirtschaftskreislauf in inhaltliche Fragen eingebunden“ werden müsse.)

Bei den „Ergänzungen bei internationaler Perspektive“ fehlen die unabdingbaren Theorien der internationalen Beziehungen (im Kern Realismus vs. Idealismus mit entsprechenden Ausdifferenzierungen).

Das zivilisatorische Hexagon von Senghaas ist zudem lediglich das Modell eines einzelnen Wissenschaftlers und in der Fachwissenschaft so umstritten, dass hier dringend auf weitere Modelle der Fachwissenschaft verwiesen werden sollte.

Zu 1.2 Ideengeschichte:

Zu den Grundlagen der Demokratie: Ideengeschichte werden konkrete historische Vertragstheorien mit Autoren aufgezählt (für alle SuS verbindlich), bei den „Formen der Partizipation“ finden sich dann die Theorien, welche die entsprechenden Autoren in ihren Texten entwickelt haben, aber lediglich für das erhöhte Niveau. Das lässt sich in der Schulpraxis nicht trennen, da die entsprechenden Autorentexte pars pro toto als zwingende Grundlage der entsprechenden Theorien auch auf grundlegendem Niveau verwendet werden.

Votum:

Die Theorien aus „Formen der Partizipation“ in „Grundlagen der Demokratie“ integrieren und die Autorennamen lediglich hinzufügen. Für das erhöhte Niveau könnte ein „Vertiefung“, insbesondere in der Anwendung auf gegenwärtige Regierungssysteme verlangt werden. Zudem sollte berücksichtigt werden, dass die Pluralismustheorie lediglich eine nuancierte Weiterentwicklung der Konkurrenztheorie ist.

Zu 2.1 Gesellschaftsstruktur

In den Feldern „Gesellschaftsstruktur“ und „Soziale Ungleichheit“ werden theoretische Modelle und konkrete, fallbeispielbezogene Inhalte erneut entkoppelt (wie bei 1.1.). So kann der Inhalt „Soziale Ungleichheit“ gar nicht ohne die Verwendung entsprechender Modelle behandelt werden, die im ersten Spiegelstrich bei „Gesellschaftsstruktur“ aufgezählt werden.

Votum:

Fachinhalt und Erklärungsmodelle sollten stets gemeinsam benannt werden, dabei ist der jeweils exemplarische Charakter (bei beiden!) auszuweisen.

Zu 2.3 Wahlmodule

Die hier aufgeführten Wahlmodule sind in ihrer Kürze gut verwendbar und könnten als Formulierungsgrundlage bezogen auf der Verbindung von theoretischen Modellen mit konkret-exemplarischen Zugängen für die anderen Teile des Planes verwendet werden.

Votum:

Wir bitten um entsprechende Anpassung.

Zu 3.1 Nachhaltig wirtschaften

Bei den Umsetzungshilfen findet sich eine ideologisch einseitige Aufzählung, die nicht den Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens entspricht und zudem auch nicht der wissenschaftlichen Diskurse und politischen Praxis entspricht. Die SuS werden so in die Richtung zwar spannender, aber randständiger Theoriemodelle und Positionen gelenkt.

Votum:

Neuaufbau der Liste durch das Widerspiegeln der Breite unterschiedlicher Positionen.

Zu 3.1 Nachhaltig wirtschaften

Es fehlt ein Vergleich klassischer und aktueller Wirtschaftstheorien und -modelle und ihrer entsprechenden Kritik als verbindliche Vorgabe. Zudem findet sich die notwendige Schülerperspektive, die z.B. beim Engagement für Fridays for Future zum Ausdruck kommt, gar nicht vertreten.

Zu 3.1 Nachhaltig wirtschaften

Inhaltlich ist es falsch, im Fallbeispiel für das erhöhte Niveau politische Organisationen aufzuzählen.

Zu 3.2 Konjunkturpolitik

Es ist nicht sinnvoll, „liberale“ und „keynesianische“ Wirtschaftspolitik gegenüberzustellen, weil dann eher „Keynes versus Monetarismus“ als historischer Zugang sinnvoll wäre. Warum wird im Plan nicht schlicht auf angebots- und nachfrageorientierter Wirtschaftspolitik verwiesen – mit allen Mischformen und neueren Ansätzen.

Votum:

Entsprechende Überarbeitung